

19. Wahlperiode

## **Schriftliche Anfrage**

**des Abgeordneten Tommy Tabor (AfD)**

vom 09. Januar 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 09. Januar 2023)

zum Thema:

**Wie geht es dem Millionengrab ehemalige Jugendhochschule Wilhelm Pieck am Bogensee heute?**

und **Antwort** vom 23. Januar 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 24. Januar 2023)

Herrn Abgeordneten Tommy Tabor (AfD)

über  
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/14489

vom 09. Januar 2023

über „Wie geht es dem Millionengrab ehemalige Jugendhochschule Wilhelm Pieck am Bogensee heute?“

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Die Schriftliche Anfrage betrifft zum Teil Sachverhalte, die der Senat nicht in eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Um Ihnen ungeachtet dessen eine Antwort zukommen zu lassen, hat er die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) um Stellungnahme gebeten. Die dem Senat von dort übermittelten Sachverhalte wurden bei der Beantwortung berücksichtigt.

1. In unserer ersten Schriftlichen Anfrage zur ehemaligen Jugendhochschule Wilhelm Pieck (Drucksache 18/13881) wurden uns jährliche Bewirtschaftungskosten von ca. 230.000 € mitgeteilt. Auf welche Höhe beliefen sich die jährlichen Bewirtschaftungskosten seit dem? (Bitte für die Jahre 2019 bis 2022 pro Jahr angeben.)

Zu 1.: Die jährlichen Bewirtschaftungskosten für die Jahre 2019 bis 2022 beliefen sich auf:

2019 ca. 210.000 Euro

2020 ca. 216.000 Euro

2021 ca. 218.000 Euro

2022 ca. 283.000 Euro

2. Wie viele Gelder wurden für den Erhalt und Notsicherungsmaßnahmen der stark sanierungsbedürftigen und in weiten Teilen denkmalgeschützten Gebäude in den Jahren 2019 bis 2022 investiert?

Zu 2.: Die Gesamtkosten für die im Jahr 2022 abgeschlossenen Notsicherungsmaßnahmen an den denkmalgeschützten Gebäuden im Zeitraum 2019 – 2022 betragen 4,1 Mio. €.

3. In der Drucksache 18/13882 wurde von der Auslagerung diebstahlgefährdeter Interieurs berichtet. Um welche Gegenstände handelte es sich dabei? Wo lagern diese und welche Kosten entstehen dem Land Berlin?

Zu 3.: Es handelt sich um Wand- und Deckenleuchten. Diese lagern unentgeltlich seit 2014 in einem durch die BIM GmbH verwalteten Objekt in der Schwanebecker Chaussee in Berlin-Buch.

4. Nachdem der Berliner Immobilien Management GmbH (BIM) für Planungen 600.000 € im Jahr 2018 bereitgestellt wurden, liegt ein umfangreiches Schadensbild vor und ein vor mehr als zwei Jahren festgestellter Sanierungsbedarf der Bestandsgebäude (ohne festgelegte Nutzung) von rund 120 Mio. Euro. Was hat sich seit dieser Untersuchung und aus der Machbarkeitsstudie ergeben? Wird es ein seinerzeit angedachtes „gemischtes Wohnquartier mit ergänzenden Funktionen wie Kultur, Bildung und Gewerbe“ in absehbarer Zukunft geben oder bleibt es beim ewigen Millionengrab für Berliner Steuerzahler?

5. Was bewertet der Senat die Idee, auf dem Gelände der ehemaligen Jugendhochschule ein Landschulheim oder Jugendhilfeeinrichtungen mit Internatswohngruppen zu errichten, um planungsrechtlich der Zweckbestimmung Bildung/Tourismus des Sondergebiets Bogensee gerecht zu werden?

Zu 4. und 5.: Die seinerzeit durch die BIM beauftragte Machbarkeitsstudie (MBS) zeigt auf, dass nur durch eine hohe Bebauungsdichte und eine maximale Anzahl unterschiedlicher Nutzungen wie Wohnen, Gewerbe, Bildung und Kultur eine Wirtschaftlichkeit für die Sanierung und Erhaltung der Liegenschaft erreichbar ist. Jegliche Nutzung auf der Liegenschaft Bogensee erfordert zunächst hohe Investitionen für die Erschließung der Liegenschaft und den Abbau des Sanierungsstaus. Im Ergebnis der MBS ist dies nur möglich, sofern eine Verdichtung auf dem Grundstück mit Wohnbauten genehmigungsrechtlich ermöglicht wird.

Die aus der MBS gewonnenen Erkenntnisse wurden im Rahmen von weiteren Abstimmungsterminen mit den Planungsbehörden erörtert und insbesondere mit Blick auf die baurechtliche Genehmigungslage sowie den Denkmalschutz diskutiert. Im Ergebnis konnte bisher kein Konsens zwischen den Beteiligten und demzufolge kein wirtschaftlich tragfähiges Nutzungskonzept zwischen den Beteiligten entwickelt werden. Die Alternative wäre ein Abriss der Gebäude und eine Renaturierung der Liegenschaft. Auch dies wird untersucht. Die Ergebnisse bleiben abzuwarten.

Berlin, den 23. Januar 2023

In Vertretung

Barbro Dreher  
Senatsverwaltung für Finanzen